

Der Bausparvertrag der Gemeinde Bodenwöhr

Am 28.12.2022 stimmte der Gemeinderat einstimmig dafür, einen Bausparvertrag abzuschließen. Grundsätzlich war das eine gute Idee, da sich die Gemeinde zu diesem Zeitpunkt noch niedrige Zinsen für die nächsten Jahre sichern konnte. Doch der Bürgermeister verweigerte fachmännischen Rat – ein teurer Fehler für die Gemeinde.

Der Kämmerer stellte dem Gemeinderat eine Tabelle vor, in der er die Angebote von vier Bausparkassen verglich. Er teilte bereits im Vorfeld mit, er habe festgestellt, dass die LBS das beste Angebot gemacht habe.

Kein Angebot bekommen

Unübersehbar war in der Tabelle jedoch, dass die Zahlen der Bausparkasse Wüstenrot die besseren waren. Der Kämmerer erwiderte, das könne schon sein, aber er habe mehrfach bei Wüstenrot nach einem Sechsmillionen-Euro-Angebot gefragt. Leider sei man dort nicht in der Lage gewesen, ein entsprechendes Angebot vorzulegen. Er habe nur ein Angebot über eine Million bekommen.

Nach dieser Auskunft, die in der Sitzung nicht überprüft werden konnte, war sich der Gemeinderat einig, dass man keine weiteren Vergleiche anstellen müsse, weil ja nur eine Bausparkasse übrig blieb.

In einem weiteren Beitrag erklärte der Bürgermeister, dass der Vorteil des gewählten Bauspartarifes der sei, dass man



Genaueres Rechnen ist des Bürgermeisters Sache nicht – setzte er doch mit einem Bausparvertrag entgegen fachmännischen Rat 48.000 Euro in den Sand.

nichts einzahlen müsse und in zwei bis drei Jahren ein zinsgünstiges Darlehen bekomme. Gemeinderat Alois Feldmeier von der Bürgerliste erklärte ihm, dass es so etwas nicht geben kann, weil eine Bausparkasse keine soziale Institution sei.

Hoffmann meinte, es handle sich bei diesem „Sonderangebot“ um einen Kommuntarif, da kenne sich Feldmeier nicht aus. Der Kämmerer habe studiert und sei der Einzige, der Bescheid wisse. Feldmeier riet, der studierte Kämmerer solle doch bitte vor Unterschrift nochmal nachfragen, weil er

offensichtlich etwas falsch verstanden habe.

Sehr wohl Angebot bekommen

Im Nachhinein fragte Gemeinderat Feldmeier selbst bei Wüstenrot nach, wieso dort keine Bausparsumme von sechs Millionen angeboten wurden. Er erhielt die Auskunft, dass die Wüstenrot-Bausparkasse sehr wohl sechs Millionen Bausparsumme anbiete. Es gebe da sogar Sonderkonditionen. So müsse man 300.000 Euro weniger ansparen und hätte zudem Anspruch auf ein um 300.000 Euro höheres zinsgünstigeres Darlehen. Im Falle der Darlehensnutzung gibt es

Liebe Leser,

mit Freude haben wir festgestellt, dass unser Bürgerblatt regelrecht Kultstatus erlangt hat. Auch in den Nachbargemeinden fand es bei so manchem Rat Zuspruch. Natürlich stecken viele Stunden Arbeit darin. Trotzdem haben wir uns entschlossen, dieses Blatt wieder aufzulegen. Auch, weil wir mit unseren Darstellungen viel erreicht haben. Wir werden wieder aufzeigen, was alles gelungen ist und welche Fehlentwicklungen wir verhindern konnten.

Einige Punkte, über die wir uns 2022 gefreut hatten, weil der Bürgermeister erste Schritte in die richtige Richtung unternommen hatte, sind wieder eingeschlafen: Die Verlegung des Kanals im Hammersee und damit der Fäkalieneintrag wurde angekündigt, doch dann passierte nichts mehr. Wegen der Inflation werde vorerst nicht weitergeplant (siehe Artikel Seite 12).

Dabei wäre die Ausführung existenziell wichtig für die Gemeinde. Aber die Feierbegeisterung unseres Bürgermeisters frisst viele Ressourcen in der Verwaltung. Veranstaltungen sind für Georg Hoffmann eine gute Möglichkeit, sich in Szene zu setzen – allerdings übernimmt die Gemeinde Aufgaben und Kosten, die anderswo Vereine übernehmen. Dazu lässt er Slapstick-Filmchen drehen, in denen Rathaus-Mitarbeiter als Darsteller fungieren müssen (siehe weitere Artikel).

Der Bausparvertrag der Gemeinde Bodenwöhr (Fortsetzung von Seite 1)

sogar die ohnehin schon reduzierte Abschlussgebühr zurück.

Da wir noch in der Widerrufsfrist waren, hätte der Bürgermeister nach dieser Auskunft die Frist verlängern lassen können, bis der Fall geklärt gewesen wäre. Stattdessen hat er Feldmeier erst mal als Lügner bezeichnet.

Was daran gelogen ist, wenn man nachweislich ein Sechsmillionen-Angebot von Wüstenrot vorlegen kann, welches der Kämmerer angeblich nicht bekommen hatte, ist uns nicht nachvollziehbar.

Unterlagen unter Verschluss

Der Bürgermeister verhängte erst mal eine „Nachrichtensperre“. Die Ausschreibungsunterlagen, Angebote usw. wurden unter Verschluss gehalten. Die Aushändigung wurde der BLB-Fraktion verweigert. Zu gegebener Zeit sollte eine Erklärung erfolgen.

Der Kämmerer teilte mit, dass es ohnehin egal sei, wie hoch

Wüstenrot angeboten habe, weil der Effektivzins das einzige Kriterium zum Vergleich von Bausparangeboten sei. Im Effektivzins seien schließlich alle Kosten, die für den Bausparer – also hier die Gemeinde – anfallen, berücksichtigt.

Prinzip nicht verstanden

Wir sagen: Solange man den Unterschied zwischen Bausparvertrag und Bauspardarlehen nicht erkennt, wird man immer zu einem falschen Ergebnis kommen. Bereits an dieser Stelle war zu sehen, dass die Begriffe Bausparvertrag und Bauspardarlehen verwechselt und immer wieder wahllos und falsch gebraucht wurden.

Hier die Erklärung in Kurzform: Ein Bausparvertrag besteht aus drei Phasen: Der Ansparphase, der Zuteilungsphase und der Darlehensphase. Nur in der dritten, der Darlehensphase, zählt der Effektivzins – dies bestätigte auch der Bausparvertreter der LBS. Das Bauspardarlehen, wofür tatsächlich der Effektivzins als Vergleich gilt,

ist nur einer von drei Teilen des Gesamtvertrages.

Privatleute stellen sich natürlich einige Fragen, wenn es um eigene Geld geht, zum Beispiel: „Welche Bedingungen muss ich erfüllen, um in den Genuss des guten Zinses zu kommen? Wie viel muss ich einzahlen? Wie lang muss ich warten, bis ich das günstige Darlehen bekomme?“

Jeder, der schon mal im Internet eingekauft hat, schaut nicht nur auf den Preis der Ware, sondern auch darauf, was er dafür bekommt und wie viel Versandkosten zu berücksichtigen sind.

Feldmeier, selbst seit 38 Jahren im Bauspargeschäft, bot dem Gemeinderat und dem Kämmerer an, zu erklären, was die einzelnen Begriffe bedeuten und wie ein Bausparvertrag funktioniert. Er stellte außerdem klar, dass er als Gemeinderat kein Interesse am Abschluss mit der Gemeinde habe. Nahezu alle Gemeinderäte teilten mit, dass sie bei dem Thema überfordert

wären. Zu einer Sitzung mit der entsprechenden Erklärung kam es nie, weil der Bürgermeister dies verhinderte.

Nicht neutral genug

Am bis hier gezeigten Verhalten des Bürgermeisters konnte man vermuten, dass möglicherweise mehr hinter der Bauspar-Angelegenheit stecken könnte.

Die Freien Wähler wollten der Sache nun mit einem Antrag auf den Grund gehen. In der Sitzung am 25.2.2023 stellten sie den Dringlichkeitsantrag, einen unabhängigen Fachmann mit der Aufklärung des Sachverhalts zu beauftragen. Feldmeier sei ihnen nicht neutral genug, so die Aussage.

Der Bürgermeister lehnte den Antrag trotz mehrfachen Einspruchs anderer Gemeinderäte und gegen die rechtliche Grundlage der Geschäftsordnung ab. Das wirft Fragen auf: Was hat er zu verbergen? Warum darf keiner wissen, was wirklich passiert ist?

Die hitzige Diskussion um die Rechtmäßigkeit des Antrages wurde am nächsten Tag von den Freien Wählern per Mail fortgesetzt.

Abwesenheit ausgenutzt

Der Bürgermeister setzte indes auf eine andere Karte. Wohl wissend, dass Feldmeier in der nächsten Sitzung am 30.3.2023 urlaubsbedingt nicht dabei sein würde, lud der Bürgermeister den LBS-Bausparvertreter zur Sitzung ein.

War es die Angst der Freien Wähler vor dem Bürgermeister oder nur vor der eigenen Courage? Jedenfalls wollte man auf einmal von einem unabhängigen Fachmann nichts mehr wissen.

Im Protokoll war danach sinngemäß zu lesen, dass der LBS-Vertreter den Bürgermeister und den Kämmerer als Bausparexperten und weitsichtig agierende Personen lobte. Er



Verträge sind schnell geschlossen – doch gerade, wenn es um hohe Summen geht, sind vorausschauende Planung und kaufmännisches Denken unabdingbar. Georg Hoffmann ließ es leider an beidem mangeln – ein teurer Fehler für die Bodenwöhrer Steuerzahler.

versicherte den Gemeinderäten, dass sie eine gute Entscheidung getroffen hätten, indem sie 48.000 Euro Abschlussprovision aus der Gemeindekasse an seine Bausparkasse überwiesen hatten.

Laut Protokoll erklärte auch der Kämmerer nochmal seine Theorie, in dem er den Effektivzins als einzigen vergleichbaren Faktor bei Bausparangeboten nannte. Laut Protokoll wollte sich der LBS-Vertreter dieser Theorie allerdings nicht anschließen.

Auf die Frage aus dem Gremium, welcher Faktor ausschlaggebend wäre, um die Bausparangebote zu vergleichen, antwortete der LBS-Vertreter, entscheidendes Kriterium beim Vergleich eines Darlehens sei der Effektivzins. Damit unterschied er sehr wohl zwischen Bausparvertrag und Bauspardarlehen. Die Gemeinderäte – abgesehen von den Räten der Bürgerliste – bemerkten den feinen Unterschied in der Aussage offensichtlich nicht und waren sichtlich erleichtert.

Rat entmachtete sich selbst

Die Erleichterung über die Tatsache, dass der Bausparvertreter den Gemeinderäten versichert hatte, sie hätten die richtige Entscheidung getroffen, weil sie sein Produkt wählten und damit 48.000 Euro vom Gemeindegeld zur Bausparkasse wanderten, war so groß, dass man sogar noch einen Schritt weiter ging. Man entmachtete sich selbst.

Der Antrag der Bürgerliste, dass der Gemeinderat die Unterlagen und Angebote, die zur Vergabe führten, einsehen darf, wurde abgelehnt. Das heißt, anstatt wie von den FWG gefordert einen unabhängigen Fachmann prüfen zu lassen, hat sich der Gemeinderat selbst verboten, die Unterlagen anschauen zu dürfen. Einmalig!

Feldmeiers Angebot, zumindest die 48.000 Euro zurückzuholen, möchte der Bürgermeister in keinem Fall nutzen. Andere Kommunen lassen sich eine

Spende für den Kindergarten oder andere soziale Einrichtungen bezahlen. Warum der Bürgermeister verhindern will, dass das Geld wieder in die Gemeindekasse zurückfließt, verstanden wir zum damaligen Zeitpunkt nicht.

Skandal beginnt erst jetzt

Wer jetzt jedoch denkt, das wäre das Ende der Geschichte, der irrt. Der eigentliche Skandal beginnt jetzt erst.

Am Anfang des Artikels haben wir berichtet, dass der Kämmerer laut Protokoll mehrfach nachfragte, um ein Angebot über sechs Millionen von Wüstenrot zu bekommen. Wüstenrot wäre aus unerklärlichen Gründen nicht in der Lage gewesen, ein solches abzugeben – so steht es auch im Protokoll.

Der angefragte Wüstenrot-Vertreter hingegen teilte der Bürgerliste schriftlich mit, dass bei ihm nie wegen sechs Millionen angefragt worden sei. Mit dem Kämmerer habe er nie gesprochen oder geschrieben. Er kenne den Kämmerer gar nicht. Er habe nur mit dem Bürgermeister gesprochen. Die Mittelbayerische Zeitung bestätigt dies in einem Artikel vom 25.5.2023.

Im Protokoll ist außerdem zu lesen, die Mainzer Bausparkasse habe ein Angebot abgegeben. Diese teilt jedoch schriftlich mit: Die Mainzer Bausparkasse gibt keine Angebote für Kommunen und juristische Personen ab.

Mit wem hat der Kämmerer im Fall Wüstenrot also gesprochen? Woher kam ein Angebot der Mainzer Bausparkasse, das es gar nicht gibt?

Gilt nicht, da nicht verstanden

Zudem stellte sich heraus, dass weder der Bürgermeister noch der Kämmerer die Bedingungen der Bausparkasse gelesen haben. Oder vielleicht haben sie es gelesen, aber nicht verstanden. Denn bereits in §2 steht, dass die Gemeinde sehr wohl jährlich einzahlen muss, sonst kann die LBS den Vertrag nach einem Jahr kündigen.



Bauarbeiten sind teuer; daher war es durchaus sinnvoll, sich noch in der Niedrigzinsphase ein günstiges Darlehen zu sichern. Doch die Umsetzung des Plans ging völlig schief.

Darauf angesprochen, meinte Bürgermeister Hoffmann am 18.4.2023, dieser Passus gelte nicht für die Gemeinde Bodenwöhr, weil er die Erklärungen

des Vertreters anders verstanden habe. Und wenn die 48.000 Euro wirklich weg seien, dann habe man es wenigstens probiert...!

Wir wünschen ein frohes, besinnliches Weihnachtsfest

	<p>Holzbau Zimmerei Terrassenbau Bedachungen Dachsanierungen Dienstleistungen</p>
	<p>Holzbau HASL e.K.</p>

Wir wünschen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch

Trockenbau	
Akustikbau	

Alfred Brosig

Föhrenstr. 7
92439 Bodenwöhr
Tel. 09434 / 20 24 00
Fax 09434 / 20 24 20
Mobil 01 71 / 30 45 739
Email: trockenbau.brosig@gmx.de

Bodenwöhrer Bahnhof: Ergebnis

Nutzungspläne des Bürgermeisters kosten viel Geld, sind umständlich und

Der Umbau des Bahnhofs Bodenwöhr kostet 4,8 Millionen Euro, Zuschüsse decken im besten Fall 2,7 Millionen davon ab. Den Rest zahlen die Bürger. Es ist kein Geheimnis, dass die Bürgerliste den Bahnhof lieber dem Privatmann überlassen hätte, der ihn kaufen wollte. So ist er ein weiteres Gebäude, für das die Gemeinde eine Nutzung finden und die Folgekosten bezahlen muss.



Der Bahnhof: ein weiteres Gebäude, für das die Gemeinde eine Nutzung finden und Folgekosten bezahlen muss. Die Pläne des Bürgermeisters sind teuer, schlecht durchdacht und nicht praxistauglich.

Die Mehrheit des Gemeinderates entschied sich dafür, den Bodenwöhrer Bahnhof zu kaufen. In der Hoffnung, dass hier Sinnvolles geschieht, haben wir uns den zunächst folgenden Beschlüssen angeschlossen. Das nun zu Tage gebrachte Ergebnis erinnert an einen Schildbürgerstreich.

„Bürgermeister wünscht es so“
Im Bahnhof sollen viele Nutzungsmöglichkeiten entstehen. Da die Platzverhältnisse vorgegeben sind, ist vieles nicht so zu nutzen, wie man es gerne hätte, wenn man viel Geld ausgibt. Kritische Nachfragen nach der stark eingeschränkten Nutzung beantwortete der Architekt mit: „Die Bauherrschaft, der Bürgermeister wünscht es aber so.“ Man konnte den Eindruck gewinnen, dass auch er als Architekt so manches anders machen würde.

Im Dachgeschoss will Hoffmann einen Versammlungssaal schaffen, in dem bis zu – ja, Sie lesen richtig – 199 Personen auf

91 Quadratmetern Platz finden können. Dazu ist eine Fluchttreppe in entsprechender Ausgestaltung im Freien notwendig. Die Treppenanlage wird an der Ostseite des Gebäudes angebaut.

Wegen der notwendigen Fluchtmöglichkeit kann keine Bühne installiert werden. Eine Teeküche zur Versorgung aller dieser Personen hat nur eine Größe von sieben Quadratmetern. Wie man da Getränke oder kleine Speisen kühl stellen oder aufwärmen soll, bedarf eines besonderen Einfallsreichtums.

Platzproblem bei MINT-Schule
In der mittleren Etage soll die MINT-Schule Platz finden. Änderungswünsche seien schwer umzusetzen, so der Architekt. Wir dürften uns nicht täuschen lassen, meinte er, die Labore für die Schüler seien sehr klein. Es handelt sich um drei Räume mit rund 23, 28 und 29 Quadratmetern. Dort sollen je Raum acht bis zwölf Kinder Holz-, Elektro- und Metallverarbeitung lernen.

Ihr Wohnzimmer zu Hause wird ähnlich groß sein. Nun stellen Sie sich acht bis zwölf Personen vor, die darin mit Holz und Metall hantieren. Zusätzlich sind Absauganlagen, Verdunkelung und Kompressoren nötig.

Die Schüler könnten in den Wartesaal im Erdgeschoss ausweichen, so die Lösung des Bürgermeisters. Ob dann die Bahnreisenden im Wartesaal und in der Lounge zu diesen Zeiten das Gebäude verlassen müssen, ob die Werkbänke und Werkzeuge immer im Wartesaal aufgestellt bleiben oder bei Bedarf hin- und dann wieder weggetragen werden müssen, darauf hat der Bürgermeister noch keine Antwort. Ob der Wartesaal mit einer Werksattabsauganlage ausgestattet wird, blieb ebenfalls offen.

Den Vertrag, den der Bürgermeister mit dem Landkreis für die MINT-Schule abgeschlossen hat, durfte der Gemeinderat bisher nicht sehen. Die Vertragsbedingungen sind den Räu-

ten unbekannt. Aber wir planen und bauen. Bevor man mit Bodenwöhrer Gemeindegeld für den Landkreis baut, sollten die Gemeinderäte darüber Bescheid wissen.

Der Gemeinderat erfuhr bereits 2019 in einer Sitzung durch den Landkreis, wie so ein Vertrag aussehen würde. Damals war die Aussage, der Landkreis sichere nur zehn Jahre Mietgarantie zu. Der Rest sei Sache der Gemeinde. Was heute Sache ist, wissen wir nicht.

Glücksfall für die Gemeinde?

Damals pries der Bürgermeister an, welches Glück wir hätten, dass wir ausgewählt worden seien. Wenn wir keine MINT-Schule wollen, dann würden andere Kommunen schon warten und sich darum reißen. Wir bekämen aber den Vorzug, weil unser damals neu gewählter Bürgermeister so gute Beziehungen zum Landratsamt habe.

Seit 2019 hat sich keine Kommune gefunden, die dieses „Superaanbot“ nutzen wollte. Georg Hoffmann will es trotzdem und argumentiert damit, dass die Regierung und der Landkreis das Projekt haben wollen, und im Bürgerforum sei es auch so gewünscht worden.

Dass die Regierung der Oberpfalz und der Landkreis es gut finden, wenn die Bodenwöhrer Gemeindekasse die Kosten einer Landkreisaufgabe übernimmt, verstehen wir. Das vorgeschobene Argument, das Bürgerforum hätte den Vorschlag auch für gut befunden, ist ein Beispiel dafür, wie scheinbar „Bürgerwünsche“ er-

erinnert an Schildbürgerstreich

insgesamt nicht zu Ende gedacht – Gemeinde zahlt für Landkreisaufgaben

füllt werden (siehe auch Artikel auf Seite 7).

Im Erdgeschoss plant der Bürgermeister für den Nahversorgungsladen „Landkauf“ Flächen ein, ohne zu fragen, ob die Inhaber nach den Erfahrungen der letzten zwölf Monate seit Öffnung überhaupt vom Container in das Gebäude umziehen möchten.

Cafébetrieb nicht in Sicht

Für die Bahn planen wir im Erdgeschoss einen Wartesaal und eine Lounge, wo sich Reisende Kaffee aus dem Automaten ziehen können. Sofern sich jemand findet, der dort einen Automaten betreiben will. Das unangenehme Flair von Wartesälen in Bahnhöfen kennt vermutlich jeder. Die meisten Reisenden gehen wahrscheinlich lieber ins benachbarte, viel gemütlichere Café „Smalltalk“.

Für den Wartesaal verwenden wir über 100 Quadratmeter.

Der Hinweis der Bürgerliste, dass die Bahn bereits einen Wartesaal hat und der neue Wartesaal unterhalten, gereinigt sowie auf- und zugesperrt werden muss, meinte der Bürgermeister, der Saal werde kameraüberwacht. Ob die Kamera auch reinigt und zusperrt, ist allerdings nicht geklärt.

Auch die Bushaltestelle wird nach der jetzigen Planung an dieser Stelle nicht haltbar sein, so der Architekt. Der Bahnhof wird eine Glasfassade Richtung Süden bekommen. Als Beschattung sollen Bäume dienen. Diesen muss die Bushaltestelle weichen. Wohin? Das ist nicht bekannt. Der Bürgermeister bezeichnet dieses Vorgehen in der Sitzung vom 25.5.2023 als „zukunftsweisend“.

Gegenvorschlag der Bürgerliste
Unser Vorschlag, den Wartesaal ins Erdgeschoss zu verlegen, für das erste Obergeschoss eine andere Nutzung zu finden,

auf das Dachgeschoss zu verzichten und damit rund 60 Prozent der Baukosten einzusparen, kommentierte Stadtplaner Georg Sahner mit Brachialrhetorik: Damit würden wir das Bahnhofsgebäude killen, so seine Aussage. Wir sagen: Das Einzige, was wir mit unserem Vorschlag killen, sind die Bau- und Sahnners Honorar.

Intelligenz abgesprochen

Mit der einfacheren Variante bräuchten wir zum Beispiel kein zweites Treppenhaus und keinen Aufzug. Die Folgekosten wären überschaubar. Wir würden für Blechhammer und die Gemeindebedürfnisse bauen und nicht für den Landkreis und die Regierung der Oberpfalz. Auf diesen Vorschlag hin sprach Hoffmann Alois Feldmeier in der Sitzung am 16.11.2023 die notwendige Intelligenz ab, die Vorteile zu erkennen. Feldmeier meinte dazu nur, er könne auch nichts dafür, wenn er nicht so schlau wie Hoffmann sei.

Dem Argument, wir müssten den Bahnhof verkehrstechnisch zukunftsfähig machen, schließen wir uns an. Es stellt sich allerdings die Frage, ob man einen Bahnhof zukunftsfähig macht, indem man die Bushaltestelle ins „Irgendwo“ verlegt und die kleine Außenfläche, die für Ladesäulen und Fahrradabstellflächen zur Verfügung steht, einem außenliegenden Treppenhaus opfert.

Die Parkplätze für die neue Bahnhofsnutzung wurden bereits ohne Not aus der Hand gegeben. Der Bürgermeister meint dazu: „Die Parkplätze bekommen wir schon wieder, weil der jetzige Besitzer will ja auch wieder was von uns“ (Hintergründe siehe Bürgerblatt 12/2022).

Außer der Bürgerliste stimmten alle anwesenden Gemeinderäte für den Planentwurf, den der Bürgermeister durchsetzen wollte.

Silvestergala wird zum finanziellen Fiasko

Bürgermeister feiert, koste es, was es wolle – Ergebnis „haben wir noch nie ausgerechnet“

Vergnügungswart, Festwirt oder Bürgermeister? Verwaltung und Bauhof sind damit beschäftigt, Georg Hoffmanns Feierwünsche zu bearbeiten. Was in anderen Gemeinden Vereine erledigen, macht in Bodenwöhr der Bürgermeister mit seiner Verwaltung: Neujahrsball, Seniorenfasching, Weiberfasching, 900-Jahr-Feier, Johannifeier? Großzügige finanzielle Ehrenzahlungen an Einzelpersonen inklusive. Unglaublich!

Der Bürgermeister möchte feiern. Es ist ihm egal, was es kostet, er rechnet nicht mal nach. Auf die Frage im Rechnungsprüfungsausschuss, wo denn die Abrechnung des Silvesterballs sei, musste der Kämmerer passen. Man wisse nicht, ob ein Überschuss oder ein Defizit entstanden sei. So etwas habe man noch nie ausgerechnet. Dabei haben sie den Neujahrsball für 2024 schon in Auftrag gegeben.

In der Gemeinderatssitzung am 26.10.2023 wurden dann zumindest ungefähre Zahlen bekanntgegeben: Der Ball hatte über 4000 Euro Verlust eingespielt. Eine genaue überprüfbare Abrechnung werde es erst im nächsten Jahr geben, so der Kämmerer.

Den Neujahrsball 2024 beschloss Hoffmann, wie schon beim letzten Mal, im Alleingang ohne den Gemeinderat. Bei den zuletzt kalkulierten 200 Gästen und 65 Euro Eintritt geht es bereits ohne Einrechnung des Getränkeumsatzes um ein Volumen von 13.000 Euro. Da reicht die Freigrenze des Bürgermeisters von 15.000 Euro bei Weitem nicht. Er entscheidet trotzdem allein, ohne den Gemeinderat.

Geschätzt braucht Georg Hoffmann dieses Jahr rund 280 Gäste, um mit dem Ball nicht wieder einen Verlust einzufahren. Das sind 40 Prozent mehr, als beim letzten Ball anwesend waren.



Der Bürgermeister feiert gern – auch, wenn die Gemeinde dadurch Verlust macht.

Keine Ehre fürs Ehrenamt

Bürgermeister verweigert Ehrenamtsauszeichnung – falsches Parteibuch?

Günter Makolla ist einer der aktivsten Ehrenamtlichen im Landkreis Schwandorf. Doch Bürgermeister Georg Hoffmann verweigerte ihm, der Mitglied der Bürgerliste ist, die Ehrenamtsauszeichnung zur 900-Jahr-Feier.

Zu diesem Anlass wurden Ehrenamtliche ausgezeichnet, die sich besonders verdient gemacht haben. 100 Personen sollten geehrt und mit jeweils 100 Euro belohnt werden. Letztlich waren es nur 94 Personen, die eine Auszeichnung erhielten.

Günter Makolla ist sehr aktiv
Wir wollen nicht beurteilen, wer die Ehrung mehr oder weniger verdient hätte. Auffällig war allerdings, dass eine Person, die wahrscheinlich mehr für das Gemeinwohl getan hat als die meisten anderen, sich nicht auf der Liste des Bürgermeisters fand.

Günter Makolla nahm sich zum Beispiel für den Bürgermeister der Flüchtlinge aus Syrien und der Ukraine an und tut viel für Senioren: Er engagiert sich im Seniorenbeirat, bringt älteren Menschen die digitale Welt bei und veranstaltet Seniorensport. Viele Initiativen wie die Gruppe „Nordic Walking 60+“, die Bürgerhilfe, die Aktionsgruppen „Älter werden in der Oberpfalz“ und „Digitale Kompetenz 65+“ sowie den „Digitreff Bodenwöhr“ koordiniert und leitet er, zum Teil war er an ihrer Gründung beteiligt.

Nicht einmal erwähnt

Wir sind der Meinung, dass man für seine Mitmenschen kaum mehr tun kann. Das einzige Problem: Er ist Mitglied der Bürgerliste.

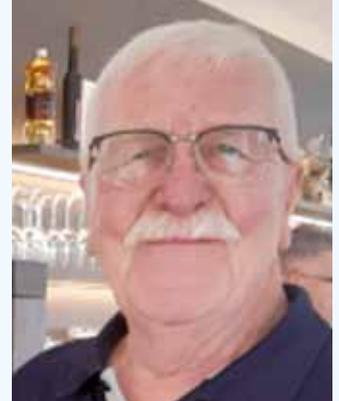
Makolla und sein Bürgerhilfeteam wurden beim Ehrenamtsempfang nicht einmal erwähnt. Dabei waren die meisten von

ihnen anwesend, da sie die Senioren zum Seniorennachmittag begleitet hatten.

Wir empfinden es als eine Schande, wie der Bürgermeister mit unseren Ehrenamtlichen umgeht, wenn das Parteibuch nicht stimmt. Wenn nicht solche Personen und Institutionen geehrt werden, wer denn dann? Nach der Feuerwehr sind es genau diese Leute, die helfen, retten und damit unser Sozialgefüge aufrecht erhalten.

Ein Mailverkehr zwischen dem Bürgermeister und Günter Makolla führte letztlich dazu, dass Makolla aufgab. Er wurde vom Bürgermeister zurechtgewiesen, weil er den Bauhofsuvorarbeiter in einer Mail mit „Herr“ ansprach und nicht mit „Hallo“.

Keine offizielle Verabschiedung
Den Mailverkehr hätten wir gern veröffentlicht, damit Sie



Günter Makolla ist einer der Vorzeige-Ehrenamtlichen im Landkreis Schwandorf. Die lange Liste seiner ehrenamtlichen Tätigkeiten finden Sie auf unserer Webseite.

sich selbst ein Bild machen können, aber Bürgermeister Hoffmann möchte das nicht. (Das verstehen wir.) Bisher hat er auch noch keine Zeit gefunden, Günter Makolla offiziell im Gemeinderat zu verabschieden.

War Bahnunterquerung doch möglich?

Hoffmann findet Überführung nach wie vor toll – Bürger wunderten sich über sinnloses Bauwerk



Eine Untertunnelung der Bahngleise wie in Maxhütte wäre auch für Bodenwöhr sinnvoll gewesen. Stattdessen steht am Bahnhof die Überführung als bauliches Monstrum.

Die Bahnüberführung in Bodenwöhr ist ein Witz. Doch der Bürgermeister findet sie nach wie vor für toll. Alois Feldmeier von der Bürgerliste sprach er in der Gemeinderatssitzung am 16.11.2023 die Intelligenz ab, die Vorteile zu erkennen. Doch auch viele Bürger wunderten sich schon beim Bau, warum die Untertunnelung des Gleises eins und zwei nicht ausgebaut wurde.

Bisher haben wir den Bürgermeister in Schutz genommen, weil wir es nicht anders wussten. Wir verorteten die Schuld für das sinnlose Bauwerk bei der Bahn. Jetzt stellen wir der Bahn die Frage, warum in Bodenwöhr eine Untertunnelung mit Aufzug nicht ebenso möglich war wie in Maxhütte. Der Herr von der Bahn beschrieb es am Telefon so: Wenn sich zum Beispiel ein Bürgermeister besonders für eine Überführung interessiert, dann ist die Bahn natürlich gerne bereit, diese kostengünstige Lösung zu wählen.

Eine Unterführung bis zur Forststraße wäre nicht möglich gewesen, doch der Bürgermeister will unbedingt den Anschluss zur Forststraße haben. Das wäre zumindest eine Erklärung, warum am Bahnhof dieses Monstrum steht. Dass wegen zu weniger Fahrgäste kein Aufzug kommt, teilten wir von Anfang an mit.

Manipulierter „Bürgerwille“

Zone 30 in allen Ortsteilen: Demokratie derer, die nachmittags Zeit haben

Die Bürger wünschten es so, sagt der Bürgermeister. Doch am Beispiel der Tempo-30-Zonen zeichnet sich ein verzerrtes Bild dieses angeblichen Bürgerwillens. Wir sind der Meinung, man sollte die Bürger offen und ehrlich fragen, ob sie eine Zone 30 wollen, und den Mehrheitswillen umsetzen.

Wochentags am Nachmittag
2021 wünschten sich einige Neuenschwandner eine Zone 30 im Dorf. Der Bürgermeister nahm die Idee auf. Statt aber die Bürger bei der Bürgerversammlung 2021 nach ihrer Meinung zu fragen, wurde ein Treffen an einem Nachmittag unter der Woche festgelegt.

Wie an einem Arbeitstag nicht anders zu erwarten, waren zum anberaumten Termin nur sechs Erwachsene und ein paar Kinder vor Ort. Trotzdem meinte der Bürgermeister, hier ein aussagekräftiges Meinungsbild einfangen zu können.



Für Unmut sorgte die Art und Weise, in der der Bürgermeister die Bevölkerung nach ihrer Meinung zur Zone 30 fragte.

Bild: neurolle - Rolf / pixelio.de

Bei der Bürgerversammlung 2022 erklärten ihm die Neuenschwandner, wie „toll“ sie die

Zone 30 finden. Der Bürgermeister erwiderte, beim Treffen zum Thema sei die Mehrheit der Anwesenden dafür gewesen – und es hätte ja jeder die Möglichkeit gehabt, hinzugehen.

Nur zwei Leute anwesend

Ein ähnliches Spiel, allerdings noch eine Nummer dreister, spielte Hoffmann bei der Meinungsforschung zur Zone 30 für den Rest der Gemeinde. Wieder wurde für wochentags mitten am Nachmittag zum Ortstermin geladen. In allen Ortsteilen außer Warmersdorf kamen noch weniger Personen zu den Terminen als in Neuenschwand; in Erzhäuser waren es gerade mal zwei Leute.

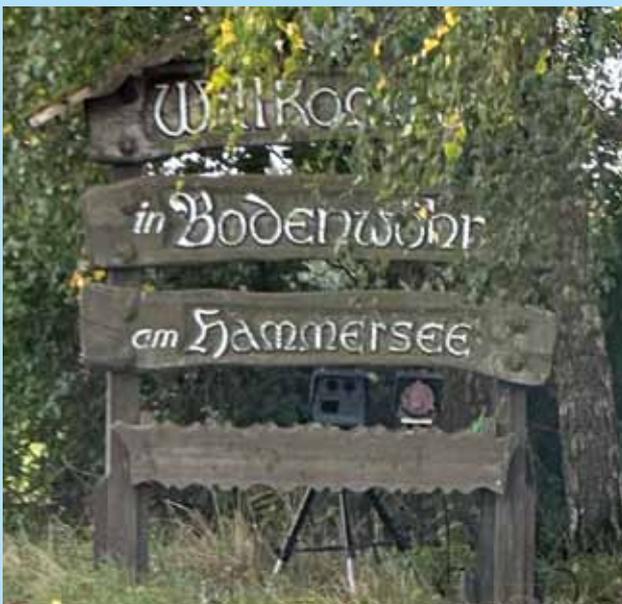
In seinem jeweiligen Vortrag vor Ort ließ der Bürgermeister durchblicken, jemand, der gegen Zone 30 sei, würde die Tötung kleiner Kinder billigend in Kauf nehmen. Informationen über die Folgen einer Zone 30 gab es nicht.

Als unser Fraktionsvorsitzender Alois Feldmeier bei der unmittelbar anschließenden Hauptausschusssitzung erneut dazu riet, die Bürger bei der nächsten Bürgerversammlung nach ihrem Willen zu fragen, fragte ihn der Bürgermeister, ob Feldmeier wohl dafür sei, dass kleine Kinder zu Tode kämen.

Irreführend dargestellt

Die MZ-Berichterstatterin Frau Ahrens erweckte in ihrem Artikel fälschlicherweise den Eindruck, dass sie in allen Ortsteilen dabei gewesen wäre, dass viele Bürger zu den Terminen gekommen wären und alle sich für Zone 30 ausgesprochen hätten. Tatsächlich kam sie erst in Blechhammer hinzu – bei der letzten von sieben Stationen.

Der „Weihrauchkessel des Bürgermeisters“, wie der Fastenprediger beim Jacobator Frau Ahrens bezeichnete, berichtete natürlich im Sinne des Bürgermeisters.



Willkommen in Bodenwöhr!

Wussten Sie, dass der Bürgermeister den Platz festlegt, an dem der Verkehrsüberwachungsverein blitzt?

Bild Markus Riegelsberger

Ein frohes Fest und besinnliche Tage



Feldmeier Assekuranz

Versicherungsmakler § 93 HGB

UNABHÄNGIGE VERMITTLUNG

UND BETREUUNG

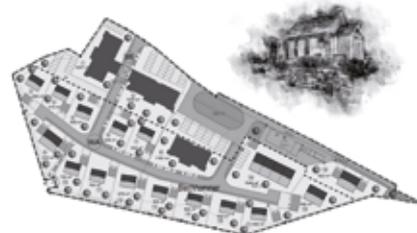
Buchbergerstr. 18 92439 Bodenwöhr

09434/ 3672 Fax 2453 0173 / 95 600 92

Eine Immobilie hat nur eine Aufgabe:

SIE MUSS ZU IHREN PLÄNEN PASSEN.

Wir sind ihr Partner für die Planung, Steuerung und Durchführung Ihrer Immobilienentscheidungen am Baugebiet in Blechhammer, Bodenwöhr.



SCHÖNEK

Taucherstraße 7
92439 Bodenwöhr

Immobilien GmbH

Telefon: 09436/30021-0

Telefax: 09436/30021-55

E-Mail: immobilien@schoenek.de

Internet: www.schoenek-immobilien.de

Abgehobene Idee

Gemeinde-Pressesprecher für 70.000 Euro?

Am 1.11.2023 beschwerte sich Bürgermeister Hoffmann über einen Artikel in der MZ und ließ diesen richtigstellen. Ein Gemeinderat aus dem Rechnungsprüfungsausschuss habe etwas durcheinandergebracht.

Die Lösung des Bürgermeisters ist die Einstellung eines Pressesprechers, was die Gemeinde rund 70.000 Euro im Jahr kostet. Doch das zeigt nur, dass Hoffmann selbst durch die Bank Zahlen durcheinanderwirft und nicht einmal erkennt, wie gnädig der Rechnungsprüfungsausschuss mit ihm umging.

Ein paar Beispiele

Ohne Gemeinderatsbeschluss gab Hoffmann eine Silvester-gala in Auftrag und wusste neun Monate später immer noch nicht, ob er damit nun Gewinn oder Verlust gemacht hatte. Letztlich fuhr er 4.000 Euro Minus ein. Dies setzt er ins Verhältnis zu einem Jahresbudget für die 900-Jahr-Feier.

Angeblich holte Hoffmann Angebote für das Hammerblatt ein, kann aber nicht sagen, wo und wann das war und wie hoch die Angebotssumme gewesen sein soll. Stattdessen lässt er das Hammerblatt weiterhin über-teuert produzieren. Die Rechnungen dafür gab er in den letzten

Jahren persönlich zur Zahlung frei, auch wenn die Postleitzahl nicht stimmte und statt der Rechnungsnummer das Datum angegeben war.

Bei der Gemeinderatssitzung am 26.10.2023 musste Hoffmann die falschen Zahlen zu den Kosten des Hammerblattes vom Kämmerer revidieren lassen – er selbst hat bei den Tagesordnungspunkten kein Rederecht. Der Presse gegenüber wiederholte er die Summen aber erneut.

Einen neuen Faschingsball gab Hoffmann ohne Kenntnis der Zahlen aus dem Vorjahr und ohne Ratsbeschluss in Auftrag – zu einem Datum, an dem der Ball der Städte Nittenau und Neunburg seit Jahren im Terminkalender steht.

Politisch motivierte Aktion?

Angesichts all dessen möchten wir dem Bürgermeisterrat, die Geige etwas leiser zu spielen. Bei so vielen eigenen Fehlern zu äußern, ein Gemeinderat aus dem Rechnungsprüfungsausschuss habe etwas durcheinandergebracht, ist äußerst mutig.

Hoffmann sprach weiterhin von politisch motivierten Aktionen des Rechnungsprüfungsausschusses. Das muss man sich erst einmal trauen.

Hinweis: Fake-News

Kämmerer Thomas Forster rechtfertigte die Notwendigkeit des Hammerblattes auch damit, politisch motivierten Falschinformationen entgegenzutreten zu können. Den gleichen Grund äußerte der Bürgermeister in einem Artikel in der Mittelbayerischen Zeitung vom 1.11.2023.

Wir wissen nicht, wem er die Verbreitung von Fake News unterstellt. Wir jedenfalls versichern: Unsere Behauptungen in diesem wie in jedem anderen Bürgerblatt stammen ausnahmslos aus Protokollen, öffentlichen Sitzungen, Zeugenaussagen, Mails und anderen nachprüfbaren Quellen.

Sie werden festgestellt haben, dass wir unsere Aussagen meist mit Datum und Anlass benennen. Bis dato haben wir weder vom Bürgermeister noch von sonst jemandem gehört, eine unserer Behauptungen wäre nicht richtig.

Sie werden festgestellt haben, dass wir unsere Aussagen meist mit Datum und Anlass benennen. Bis dato haben wir weder vom Bürgermeister noch von sonst jemandem gehört, eine unserer Behauptungen wäre nicht richtig.

Vielfalt bewahren

Ein Gastbeitrag von Renate Krause

„Bodenwöhr ist ein Ruhepol, eingebettet in einer malerischen Landschaft. [...] Wie ein geheimnisvoller Spiegel liegt der 64 Hektar große See in Bodenwöhr schimmernd in seinem Uferkranz aus Schilf und Bäumen.“ Ein wahres Paradies für Mensch und Natur, so lässt es zumindest die Beschreibung auf der offiziellen Seite der Gemeinde vermuten. Hier kann man sich vor der eigenen Haustür an der Pflanzen- und Tiervielfalt um den Hammersee erfreuen, so das Versprechen.

Dass aber Fauna und Flora verarmen und die Artenvielfalt rapide abnimmt, kann niemand mehr bestreiten. Vorbei die Zeiten, als Rebhuhn und Kiebitz ein häufiger Anblick auf Feldern und Wiesen der Gemeinde waren. Mitschuld

trägt die intensive Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen, wo kein Feldrain mehr Schutz bietet und unliebigen Pflanzen und Tieren mit Chemie der Garaus gemacht wird.

Die gemeindlichen Rasenflächen gehören zu unterschiedlichen Zeiten gemäht. Es könnten Wiesen entstehen, die nur zwei Mal im Jahr gemäht werden. Sie sind ein wichtiger Lebensraum für Insekten. Das Schilf am Uferand jeden Herbst abzuschneiden, minimiert zwar den Nährstoffeintrag, aber Kleinstlebewesen und die streng geschützten Ringelnattern verlieren Lebensraum und Überwinterungsplätze. ...

>> Weiterlesen:

Lesen Sie den kompletten Beitrag auf unserer Webseite!

Räte folgen blind

Erstaunliche Garderobenlösung für Schule

Der Bau der neuen Schule in Bodenwöhr ist im Gange. Die Fraktion der Bürgerliste wollte den Neubau ohne neue Planung und Kalkulation jedoch nicht mehr mittragen.

Als wir vor mehr als zwei Jahren unsere Zustimmung gaben, waren Kosten von 8,5 Millionen Euro veranschlagt und eine Empfehlung der Regierung zum Neubau lag vor. Außerdem war ein fester Zinssatz von minus 0,5 Prozent auf 30 Jahre festgeschrieben.

Einsparung doppelt abziehen?

Im Oktober 2022 war von Kosten in Höhe von zwölf Millionen Euro und vier Prozent Zinsen die Rede. Dennoch winkte die Mehrheit des Gemeinderates die Zahlen ohne einen neuen Finanzplan durch.

Im Hammerblatt rechnet der Bürgermeister nun auch noch

etwas ganz anderes vor: Aus über zwölf Millionen sind auf wundersame Weise nur noch knapp elf Millionen geworden. Davon zieht er dann eine Million Einsparung ab. Nach seiner Rechnung sind wir nun nur noch bei 9,6 Millionen. Ob das funktioniert, die Einsparung zweimal abzuziehen?

Garderobe wird geschoben

Um Kosten und Platz zu sparen, musste die Garderobe für die Kinder ins Foyer der Hammerseehalle verlegt werden. Die Garderobenständer stehen auf Rädern und werden hin und her geschoben. Wie diese aussehen und ob das Vorgehen praktikabel ist, weiß der Gemeinderat nicht, stimmte aber mit Mehrheit zu.

Genau das ist das Traurige an der Sache: dass die Mehrheit der Gemeinderäte dem Bürgermeister immer noch blind folgt.

Haushalte sind knapp gestrickt

Inflation treibt Kosten hoch, Bürgermeister gibt dennoch fleißig Geld aus

„Wir haben kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem.“ Diese Aussage des Kämmerers im Dezember 2022 trifft auf Bodenwöhr wie auch auf viele andere Kommunen zu. Das Ausgabenproblem ist gewaltig und entsteht durch steigende Kosten zum Beispiel für Energie und Personal.

Einnahmen werden sinken

Diese Aussage ist eine Momentaufnahme. Denn wenn fast alle ein Ausgabenproblem haben, werden auch die Einnahmen mit etwas Verzögerung nachlassen. Das Einnahmenproblem folgt dem Ausgabenproblem. Andere Kommunen stellten sich darauf ein. Unser Bürgermeister allerdings ist anscheinend schon im Wahlkampf. Viele Bürger fragen sich: Wo kommt das Geld dafür her?

Kurzfristig hat die Gemeinde Bodenwöhr durch einige große Einnahmen viel Geld: 2,2 Millionen aus dem Grundstücksverkauf am Birkerl, eine Million unerwartete Gewerbesteuer-nachzahlungen, 300.000 Euro Gewerbesteuer-Ausfallzahlung vom Bund. Daraus zu schließen, dass die finanzielle Situation so gut bleibt, würde einem guten Kaufmann nicht passieren.

Wie knapp unser Haushalt für 2024 gestrickt ist, zeigt eine Modellrechnung des Kämmerers aus dem September 2023. Demnach fehlen uns für einen genehmigungsfähigen Verwaltungshaushalt 17.000 Euro bei einem Gesamthaushaltsvolumen von rund zwölf Millionen Euro. Für 2025 werden rund 95.000 Euro fehlen.

Viele teure Aktionen

Eigentlich keine hohe Summe, die man nicht irgendwo einsparen könnte. Für sich selbst und seine protegierten Projekte jedoch hat Hoffmann stets Geld übrig. Hier ein kleiner Abriss seiner Aktionen der letz-



Ein guter Kaufmann rechnet nach. Auch „nur“ jeweils 1.000 bis 5.000 Euro summieren sich schnell auf fünf- oder sechsstelligen Beträge, die die Gemeinde verschleudert.

Bild: Thorben Wengert / pixelio.de

ten Zeit: Allein für das Hammerblatt bezahlt die Gemeinde pro Ausgabe rund 6.500 Euro – dabei lagen nachweislich auch Angebote über 2.500 Euro pro Ausgabe vor.

In den letzten vier Jahren haben wir so rund 64.000 Euro vergeudet. Warum? Weil Frau Ahrens immer im Sinne des Bürgermeisters schreibt. Was der Bürgermeister für ein toller Hecht ist, konnte man in der Sommerausgabe des Hammerblattes lesen.

Grund wird uns nie gehören

Das Gutachten zur Bahnstreckenüberquerung, für die uns der Grund nicht gehört und auch nie gehören wird (siehe Bürgerblatt 12/2022), schlug mit 33.000 Euro zu Buche. Die Abschlussgebühr für den Bau-sparvertrag betrug 48.000 Euro und war völlig überflüssig (siehe Artikel auf Seite 1).

Die Überplanung von Grundstücken und Gebäuden, die uns

Gemeinderat ist nicht informiert. Ob die Hütten beim Weihnachtsmarkt der CSU benötigt werden, wissen wir nicht. Das Geld der Bürger ist jedenfalls mal weg. Auch über 7.500 Euro für die Seebühne bekam der Gemeinderat keine Information.

Gemeinderat nicht informiert

Für den Silvesterball, den der Bürgermeister ohne Zustimmung des Gemeinderats auf eigene Faust initiierte, gab es wie berichtet über Monate hinweg nicht einmal eine Abrechnung (siehe Artikel auf Seite 5). Am Ende stand ein Minus von rund 4.000 Euro – genaue Zahlen werden wir in diesem Jahr nicht mehr sehen. Und müssen die Weihnachtskarten an alle Bürger über 70 Jahre wirklich handgemalt und handgeschrieben sein?

Wir könnten die Liste mit vielen Beispielen fortsetzen. Auch wenn es „nur“ um Ausgaben zwischen 1.000 und 5.000 Euro geht, summieren sich diese schnell auf fünf- oder sechsstelligen Beträge, die einfach verschleudert werden.



Finanzlöcher stopfen auf Kosten

Gebühren für Kindergartenbus steigen um doppelten Inflationsbedarf –

Seit vielen Jahren gibt es in Bodenwöhr einen Kindergartenbus. Dass dieser nicht kostendeckend zu betreiben ist, war von Anfang an klar. Trotzdem lohnte sich der Bus für die Gemeinde, denn sie sparte sich die Kosten für den Bau eines eigenen Kindergartens für Altenschwand und Neuen-
schwand. Stattdessen erweiterte die Gemeinde die Gruppen im Bodenwöhrer Kindergarten.

Diese Tatsachen haben der Bürgermeister und seine Anhänger im Gemeinderat anscheinend vergessen. Der Fahrpreis wurde zur Einführung des Kindergartenbusses auf 35 Euro pro Kind und Monat festgelegt. Inflationsbereinigt wären dies nun laut Kämmerer rund 47 Euro.

Da aber der Bürgermeister dringend Geld braucht, hat er ausrechnen lassen, wie teuer es wäre, wenn jede Familie ihr Kind selbst von Taxidern, Windmais, Alten- oder Neuen-
schwand nach Bodenwöhr fahren würde.

Schraube maximal anziehen

Nach den aktuellen Spritpreisen wären das in etwa 62 Euro, so der Kämmerer. Daraus folgerte Georg Hoffmann, dass man 60 Euro verlangen könne. Hinzu komme noch die Zeit, die die Eltern opfern müssten und das Abnutzen des eigenen Fahrzeuges. Wenn man das alles rechnet, sollte man eigentlich 75 Euro verlangen, so der Bürgermeister. Ideal wären 90 Euro. Die Schraube also maximal anziehen, so scheint sein Gedankengang.

Albert Krieger von den Freien Wählern äußerte, dass er bis 90 Euro mitgehen würde. Da aus seiner Fraktion kein Widerspruch kam, schien es, als gebe es dort einen Konsens für diesen harten Kurs. Ausgerechnet die FWG, deren Vorsitzender Hubert Aiwanger nicht müde wird zu betonen, wie benachteiligt wir auf dem Land sind, wenn es um öffentliche Verkehrsmittel geht.

Sichtlich vom süßen Gift der Macht inspiriert, meinte Krie-



Frühkindliche Bildung und Erziehung im Kindergarten hat heutzutage einen hohen Stellenwert. Daher gleicht die Erhöhung des Busfahrpreises dem Ausnutzen einer Notlage.

ger, er wisse, dass er dafür von den jungen Eltern „geschlagen“ werde. Aber das nehme er in Kauf, weil es so nicht weitergehen könne.

Schließlich einigte man sich mit Zustimmung der SPD auf 75 Euro – weit mehr, als das 49-Euro-Ticket kostet. So sollen künftig 27.000 Euro mehr im Jahr in die Gemeindekasse fließen. In Bruck kostet der Kindergartenbus laut MZ vom 14.11.2023 übrigens 25,56 Euro pro Monat.

Der Kämmerer führte aus, erst bei 247 Euro pro Kind und Monat sei eine Kostendeckung erreicht. Wie sich diese Summe errechnet und ob sie überhaupt richtig ist, wollte keiner der Gemeinderäte wissen. Wir können diese Rechnung jedenfalls nicht nachvollziehen. Wir von der Bürgerliste sehen zwar ein, dass eine Beitragsanpassung notwendig ist, aber nicht in dieser Höhe. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Zunächst ist der Kindergartenbus aus der Geschichte heraus eine Ausgleichsmaßnahme für Eltern, die nicht im Kernort wohnen und somit keinen eigenen Kindergarten vor der Tür haben. Wenn man inflationsbereinigt 47 Euro berechnen müsste, fragen wir uns, warum sich der Preis mehr als verdoppelt. Es sieht eher so aus, als wolle Hoffmann auf Kosten junger Familien andere Finanzlöcher stopfen.

Eine Art Notlage ausgenutzt

Frühkindliche Bildung hat heute einen ganz anderen Stellenwert als vor 20 oder 30 Jahren. Eltern haben daher keine andere Wahl, als ihr Kind in den Kindergarten zu schicken. Diese „Notlage“ auszunutzen, erscheint uns nicht als fairer Umgang mit den Bürgern.

Wer die Presse oder unsere früheren Bürgerblätter gelesen hat (siehe unsere Webseite),

kann sehen, wofür unser Bürgermeister Geld verschleudert. Wenn man die Posten nur grob zusammenzählt, kommt man schnell auf sechsstelligen Kosten, die mit etwas Nachdenken und Nachfragen nie entstanden wären. Dazu kommen Maßnahmen, bei denen der Gemeinderat nicht gefragt wurde oder dem Bürgermeister zuliebe einfach mal ein Auge zudrückt.

Selbst fahren lohnt sich wieder

Es wird sich herausstellen, dass das Kalkül des Bürgermeisters und der Gemeinderäte nicht aufgeht. Jetzt lohnt es sich für die Familien wieder, selbst zu fahren. Einer kaufmännischen Rechnung das richtige kaufmännische Handeln folgen zu lassen, ist eine Disziplin, die nicht jedem gelingt.

Der Hauptgrund, warum wir die Erhöhung nicht mittragen, ist aber: Wir können jungen Eltern nicht erklären, warum auf der einen Seite Geld keine Rolle spielt, wenn es der Beweihräucherung des Bürgermeisters dient, auf der anderen Seite aber junge Familien derart zur Kasse gebeten werden.

Da passt die Reihenfolge nicht

Viele Ideen des Bürgermeisters wären auch aus unserer Sicht wünschenswert. Aber es gibt Dinge, die technisch oder finanziell nicht umsetzbar sind oder mehr Aufwand als Nutzen verursachen.

Oft werden Basisinfos, die für das Gelingen eines Projekts unabdingbar sind, erst ganz zum Schluss geklärt – wenn das Geld schon ausgegeben ist. Das bringt Zusatzkosten und Kompromisse mit sich, die es

junger Familien

hohe Kosten wären vermeidbar



Bei den Buspreisen fahren wir lieber selbst mit dem Auto zum Kindergarten...

bei planvollem Vorgehen nicht gäbe. Selbst wenn der Bürgermeister im Vorfeld auf Fehler hingewiesen wird, ändert er sein Vorgehen nicht.

So geschehen beim Gutachten zur Bahnübergangsüberquerung für 33.000 Euro: Der Bürgermeister wusste, dass die Gemeinde das notwendige Grundstück nicht bekommen würde (siehe Bürgerblatt 12/2022). 48.000 Euro zahlte die Gemeinde an Abschlussgebühr für einen Bauvertrag, dessen Ziel nicht erreichbar war (siehe Artikel Seite 1). Umbau und Nutzung



Deutlich weniger Unbeschwertheit hat der Bürgermeister jungen Familien eingebrockt: Fuhr bisher der Kindergartenbus zum familienfreundlichen Preis, wird es jetzt teuer.

Bild: Helene Souza / pixelio.de

des Bahnhofsgebäudes sind teuer, umständlich und unsinnig (siehe Artikel Seite 4).

Wenn Bodenwöhr nun das Glück hat, endlich wieder einen Arzt zu bekommen, möchte der Bürgermeister laut Mittelbayerischer Zeitung trotzdem seine Idee eines medizinischen Versorgungszentrums vorantreiben – um, wie er sagt, dem neuen Arzt Konkurrenz zu machen. In Bodenwöhr hätte es schließlich früher auch drei Arztpraxen gegeben. Ob hier Konkurrenz das Geschäft belebt?

Steuergelder hart erarbeitet

Ein Bodenwöhrer Unternehmer meinte, wenn „die zwei da oben“ (gemeint waren Bürgermeister und Kämmerer) eine Ahnung hätten, wie viel Gehirnschmalz, Risikobereitschaft und Fachwissen es benötigt, auch nur einen Euro Gewerbesteuer zu erwirtschaften, dann würden sie mit unserem Geld anders umgehen. Das Einzige, was den beiden einfalle, sei das Erhöhen der Steuern und Gebühren.

Wir möchten ergänzen, dass man sich ebenso bewusst sein muss, wie viele Menschen täglich zur Arbeit gehen, um einen Teil ihrer Einkommensteuer im Rathaus abzuliefern.

Bürgerliste fährt „Schmutzkampagne“

Georg Hoffmann bezichtigte die Bürgerliste am 5.11.2023 auf Facebook öffentlich einer Schmutzkampagne, die bald stattfinden werde. Der Post wurde im Namen der CSU veröffentlicht – Administrator, Vorstand und Verantwortlicher für den Inhalt ist Hoffmann jedoch selbst. Die fünf Likes (Stand: 9.11.2023) kommen vor allem von ihm selbst und seiner Familie.

Kann man Falschmeldungen noch offensichtlicher verbreiten als Hoffmann? Auf rechtliche Schritte wollen wir verzichten. Lassen Sie den Text unseres Bürgermeisters auf sich wirken. Alles, was er uns vorwirft („verletzend“, „Zweck heiligt die Mittel“, „Schmutzkampagne“), verwendet er selbst. Natürlich könnten wir

dafür sorgen, dass solche Berichte gelöscht werden. Aber die Bürger sollen sehen, wie das Gemeindeoberhaupt mit der Opposition umgeht.

Das Bürgerblatt liegt nun vor Ihnen. Ältere Ausgaben finden Sie auf unserer Webseite. Beurteilen Sie selbst, ob wir uns zu Sachthemen äußern oder nur verletzen wollen. Unsere Darstellungen sind sicher nicht immer angenehm für den Bürgermeister, aber wir erfinden nichts und geben keine Behauptungen zu Themen ab, die nicht existent sind.

Ob wir die Bevölkerung spalten, weil wir der Meinung sind, der Bürgermeister braucht keinen Pressesprecher mit 70.000 Euro Jahresgehalt? Das glauben wir nicht.



Die Fraktion der Bürgerliste Bodenwöhr und die Mitglieder der Bürgerliste Bodenwöhr bereiten derzeit eine neue Ausgabe ihres Bürgerblattes vor. Da bereits erste Details durchsickern, wird es erneut eine Schmutzkampagne gegen unseren 1. Bürgermeister werden. Diese Schmutzkampagne werden wir entschieden zurückweisen. Es mag sein, dass man dies in einer demokratischen Grundordnung über sich ergehen lassen muss, jedoch bringt diese unwürdige Art nie etwas in den Sachthemen, ist verletzend und dient nur der Spaltung. Wir sind gespannt auf die Thesen welche auch dieses Mal nach dem Buch des Philosophen Niccolò Machiavelli, der Fürst und dessen Devisen „Der Zweck heiligt die Mittel“ verfasst sind.

Hoffmann wirft der Bürgerliste eine „Schmutzkampagne“ vor (Text des Facebook-Posts zur besseren Lesbarkeit vergrößert).

Leider wieder alles im „grünen Bereich“

Umwälzinseln im See trotz Erfolgs abgeschafft

Erinnern Sie sich? Im Sommer 2022 war die Algenplage im Landkreis allgegenwärtig – sogar in der Naab, deren Fließgeschwindigkeit fast zum Erliegen kam. Einzig der Bodenwöhrer See kam glimpflich davon. Die grünen Schleier und Ablagerungen traten nur begrenzt auf. Der Grund ist nicht so einfach festzustellen, da viele Parameter zum Ergebnis beitragen.

Was hatten wir zum Positiven verändert? Wir hatten vier – davon drei gemietete – Inseln im See platziert, die das Wasser umwälzten und in Bewegung hielten. Der Schilfgürtel war noch nicht geschnitten.

Das Büro ÖKON kam zu dem Schluss, dass sich der Sauer-



2023 breiteten sich viele Algen im Hammersee aus. Drei der Umwälzinseln, die Besserung brachten, legte der Gemeinderat still.

stoffgehalt des Wassers durch die Inseln nicht wesentlich verändert hat. Erstaunlich war aber, dass sich der See im Sommer 2022 im Vergleich zu den Vorjahren in einem guten Zustand befand. Und das in einem Jahr, in dem umliegende Gewässer besonders betroffen waren. Es scheint, als ob der Sauerstoffgehalt gar keinen so großen Einfluss hat, sondern die Bewegung des Wassers die Algenblüte eindämmt.

Gegen die Stimmen der Bürgerliste entschied der Gemeinderat, die drei gemieteten Umwälzinseln nicht weiter zu

betreiben. Unser Argument für die Weiterführung war, dass die Anlagen effektiv erst etwas mehr als ein Jahr gelaufen waren. Es war von Beginn an klar, dass das Problem in einem Jahr nicht gelöst sein würde. Wenn die Umwälzanlagen nur zehn Prozent zum Gesamtergebnis beitragen, ist uns schon geholfen. Folgekosten sind nicht zu erwarten, weil die Inseln mit Sonnenenergie funktionieren.

Es war spannend, die Entwicklung des Sees im Sommer 2023 zu sehen. Das Ergebnis ist bekannt: Algen, so weit das Auge reichte. Auch wenn die Überschriften im Hammerblatt und in der Mittelbayerischen Zeitung vom 26.9.2023 einen anderen Eindruck erweckten – im

Text war zu lesen, wie die Realität aussah.

Angesichts des vernichtenden Ergebnisses kam ein Gemeinderat, der zuvor gegen die Umwälzanlagen gewesen war, zu dem Schluss, dass es wohl besser gewesen wäre, zusätzliche Anlagen einzusetzen, statt welche abzuschaffen. Das sehen wir genauso! Wir vermuten aber, dass Hoffmann wegen des knappen Haushalts die 70.000 Euro für den Kauf der gemieteten Anlagen lieber für anderweitige publikumswirksame Aktionen in eigener Sache verwendet.

Der Kanal lässt auf sich warten

Kanalverlegung zu teuer: weiter Fäkalien im See



Die Verlegung des Kanals ist Bürgermeister Hoffmann zu teuer. Ein Antrag der Bürgerliste könnte Abhilfe schaffen.

Im letzten Bürgerblatt berichteten wir mit Stolz, dass wir den Bürgermeister dazu gebracht hatten, endlich mit Bruck und Nittenau die Verlegung des Kanals aus dem See heraus zu vereinbaren. Dieser soll nicht weiter durch Fäkalien verschmutzt werden.

Nun erwähnte Hoffmann in einem Nebensatz, dass dies auf absehbare Zeit nicht mehr verfolgt wird: zu teuer wegen der Inflation.

Die Bürgerliste hat deshalb den Antrag gestellt, dass die Gemeinde selbst aktiv werden soll und der Zweckverband die Kosten über mehrere Jahre bei der Gemeinde Bodenwöhr abbezahlt. Das hat mehrere Vorteile: Wir finden heraus, ob Bruck und Nittenau den Plan mittragen, ohne dass sich die

se auf unkalkulierbare Kosten berufen können. In etwa fünf Jahren haben wir einen bezahlten neuen Kanal, ohne dass das Budget des Zweckverbands überstrapaziert wird. Und am wichtigsten: Wir haben baldmöglichst einen sauberen See.

Wir finden die Verlegung des Kanals ungleich wichtiger, als den Bahnhof aus Bodenwöhrer Steuergeldern für den Landkreis zu sanieren. Für 2,3 Millionen Euro bekommt man ein schönes Stück Kanal.

Sollten sich Nittenau und Bruck nicht auf diesen Kompromiss einlassen, sind wir ohnehin gezwungen, allein zu handeln. Wir sind gespannt, was dem Bürgermeister alles einfällt, um unseren Vorschlag zu verhindern – er kommt schließlich von der Bürgerliste...

Impressum

Bürgerliste

Bürgerliste Bodenwöhr e.V.
1. Vorsitzender Frank Wanke
Im Kugelschlag 30, 92439 Bodenwöhr
Mail: kontakt@bl-bodenwoehr.de || Web: bl-bodenwoehr.de

Redaktionelle Verantwortung i.S.d.P.:
Alois Feldmeier, Buchbergerstraße 18, 92439 Bodenwöhr

Auflage: 2.500 Exemplare || Druck: flyeralarm.de
Drucklegung: 17.11.2023. Sollten sich seitdem Änderungen ergeben haben, finden Sie diese auf unserer Webseite.